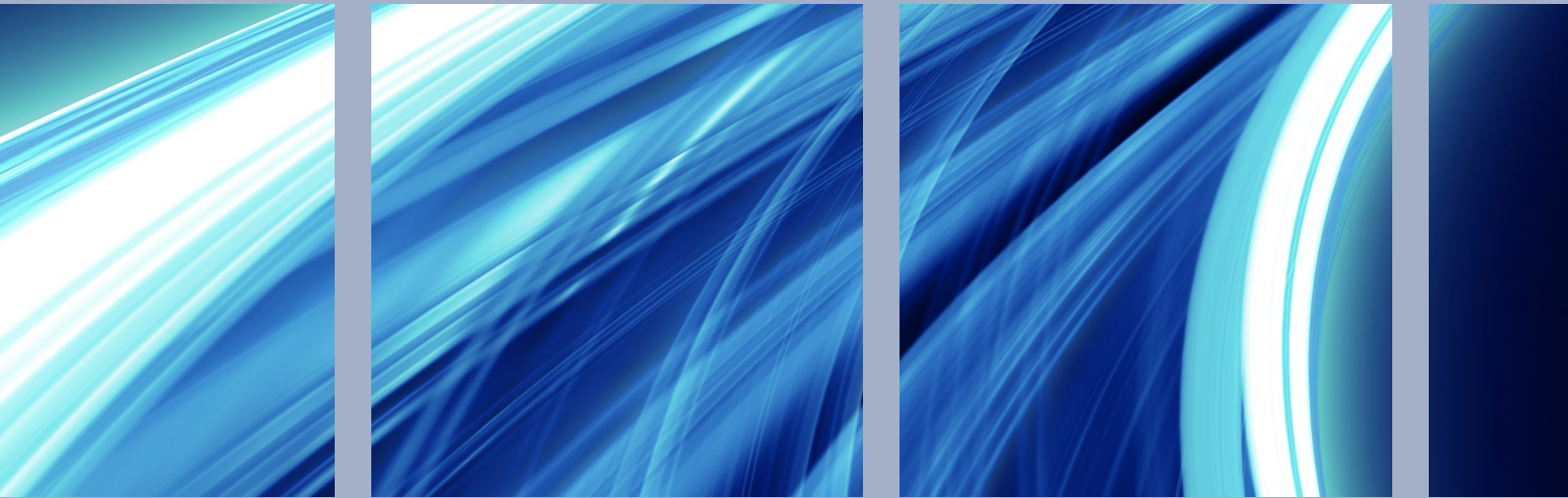


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Das Deutschlandprogramm der vbw

Mut zur Zukunft

Stand August 2017

www.clever-regieren.de

Mut zur Zukunft

Wir wollen Sicherheit, Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle!

Das geht nur mit einem starken Staat, einem wettbewerbsfähigen Standort und dem Willen zum Fortschritt. Wir sind zuversichtlich, denn Deutschland kann es besser!

Das Deutschlandprogramm der vbw

01
Werte
→ Seite 2

02
Sicherheit
→ Seite 3

03
Gerechtigkeit
→ Seite 4

04
Gute Arbeit
→ Seite 6

05
Standort
→ Seite 8

06
Fortschritt
→ Seite 10

- Sicherheitspolitik
- EU
- Flüchtlinge
- Finanzen
- Steuern
- Rente
- Gesundheit/Pflege
- Einkommen/Vermögen
- Bildung
- Digitalisierung
- Infrastruktur
- Mobilität
- Energie
- Umwelt

Deutschland steht auf einem stabilen Wertefundament

01

Werte

Auf dieser Grundlage gestalten wir eine gute Zukunft für Gesellschaft und Wirtschaft.

Unser Wertefundament beinhaltet neben einem demokratischen Grundverständnis elementare Werte wie die Menschenwürde, Freiheit in ihren verschiedenen Ausgestaltungen – von der allgemeinen Handlungsfreiheit bis zur Presse- und Meinungsfreiheit – Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und das Recht auf und am Eigentum – kurz: unser Grundgesetz.

Das Leitbild unserer Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie verbindet das Prinzip der freien Märkte mit sozialem Ausgleich. Ausgangspunkt ist die Verantwortung des Einzelnen, sein Leben so zu gestalten, dass er für sein Auskommen sorgen kann. Hierzu müssen ihm über die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten gegeben werden, etwa durch einen gerechten Zugang zu Bildung und die notwendige wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit. Wer nicht oder nicht mehr in der Lage ist, eigenverantwortlich für sich zu sorgen, dem wird von der Gemeinschaft geholfen.

Dieses Wertefundament ist die Basis für alle weiteren Entscheidungen, insbesondere bei der Gestaltung des gesetzlichen Rahmens für das Leben und Wirtschaften in Deutschland. Das Leitbild für die bayerische Wirtschaft haben wir im

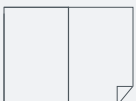
vbw Wertekanon definiert. Über die Soziale Marktwirtschaft und die Ordnungsfunktion des Staates und seiner Rechtsordnung hinaus bekennen wir uns zu den Grundsätzen guter Arbeit, Nachhaltigkeit sowie einem freiwilligen gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen.

Wir stehen für diese Werte und treten entschlossen allen Kräften und Initiativen entgegen, die diese Grundfreiheiten, die Grundrechte und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht hinreichend achten oder sogar missachten.

Wir wollen ein starkes, demokratisches und pluralistisches Deutschland, das von einem respektvollen Umgang aller miteinander auf der Basis unserer gemeinsamen Werte geprägt ist: Wir wollen ein neues Vertrauensverhältnis im Dreieck Bürger – Staat – Wirtschaft.

Deshalb brauchen wir

- Augenmaß und Verlässlichkeit beim staatlichen Handeln
- Eigenverantwortung jedes Einzelnen und Solidarität
- Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen: ökonomisch, ökologisch und sozial
- freiwilliges gesellschaftliches Engagement



Positionspapier

01 Wirtschaft und Werte

Argumentation

02 vbw Wertekanon

03 Ordnungspolitische Bericht 2017:

Die Arbeit der großen Koalition – Eine Bilanz aus ordnungspolitischer Sicht

Deutschland ist ein sicheres und international geachtetes Land

02

Sicherheit

Wir stehen heute weltweit für politische Stabilität und inneren Frieden.

Jeder in Deutschland muss sicher und frei leben können. Wir müssen die Innere Sicherheit für alle Menschen in Deutschland gewährleisten und die Rolle Deutschlands in der Welt aktiv gestalten.

Deshalb brauchen wir

Eine starke und schlanke EU

- Starke internationale Handelsbeziehungen sind ein zentraler Beitrag zur Sicherung des Friedens. Das beste Beispiel ist die EU, die zusammen mit ihren Vorgängerorganisationen als Wertegemeinschaft seit vielen Jahrzehnten Frieden in Europa gewährleistet.
- Wir müssen die Europäische Union aktiv fortentwickeln. Dabei muss sich die EU immer auf ihre eigentlich Kernkompetenzen begrenzen
- Die Währungsunion muss stabilisiert werden, ohne Schulden zu vergemeinschaften.
- Verpflichtungen aus Abkommen und Verträgen müssen eingehalten werden.

Einen weitsichtigen Umgang mit Flüchtlingen

- Wir brauchen einen geordneten Umgang mit den Flüchtlingsströmen nach Europa und eine gerechte Verteilung
- Fluchtursachen in den jeweiligen Herkunftsländern müssen zielgerichtet und nachhaltig bekämpft werden, damit die Menschen in ihrer Heimat bleiben, frei leben und arbeiten können
- Wer in Deutschland kein Bleiberecht (mehr) hat – insbesondere, weil er hier straffällig geworden ist – muss zügig abgeschoben werden; hierzu ist die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu verbessern
- Geflüchtete Menschen, die mittel- und langfristig in Deutschland bleiben können, müssen wir durch Ausbildung und Arbeit in unsere Gesellschaft integrieren

Ein hohes Maß an Innerer Sicherheit

- Wir benötigen eine gute personelle und finanzielle Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden sowie eine technische Ausstattung „auf der Höhe der Zeit“ für die Bekämpfung von Kriminalität, die Abwehr von Terrorismus und die Sicherung des inneren Friedens in Deutschland
- Wir müssen Cybersicherheit gewährleisten und die neuen Möglichkeiten der Datenverarbeitung zur Kriminalitätsbekämpfung selbst angemessen nutzen; die Forschung in diesem Bereich muss deutlich intensiviert werden
- Wir müssen bei der Verbrechensbekämpfung und Prävention die länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands optimieren und die europäische und internationale Kooperation ausbauen, z. B. durch einheitliche Datenbanken
- Damit innere Sicherheit gelingen kann, brauchen wir neben unseren nationalen Anstrengungen starke Bündnispartner in der Welt, allen voran in Europa
- Zum Schutz unserer Demokratie gehört auch, dem aktuellen Trend einer massenhaften Verbreitung von Falschmeldungen entschlossen entgegen zu treten. Von bürgerlichen Parteien und etablierten Organisationen erwarten wir selbstverständlich, dass sie solchen Methoden eine klare Absage erteilen. Im Übrigen muss dem mit allen Mitteln des Rechtsstaats begegnet werden.



Positionspapiere

- 01 Für einen starken Euro
- 02 Europa ohne die EU – Mehr Fluch als Segen für die Wirtschaft
- 03 EU-Steuerpolitik – Auftrag und Grenzen
- 04 Entsenderichtlinie – Europäischen Arbeitsmarkt erhalten
- 05 Online-Kaufrecht in der EU – Fairer Interessenausgleich, Rechtsunsicherheit vermeiden
- 06 IdA BayernTurbo – Asylbewerber erfolgreich in Ausbildung integrieren
- 07 Den Brexit gestalten – Rechtssicherheit für die Wirtschaft erhalten
- 08 Zukunft der europäischen Sozialpolitik
- 09 Flüchtlingsintegration
- 10 IdA 1.000 – Asylbewerber erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren
- 11 Chancen-Transfer statt Sozial-Transfer in Europa

03

Gerechtigkeit

Deutschland ist ein Sozialstaat

Damit das so bleibt, muss sich Leistung lohnen.

Das ist kein Widerspruch, sondern der Leitgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Dennoch besteht heute vielfach der Eindruck, dass es in Deutschland nicht mehr gerecht zugeht.

Gerechtigkeit heißt Partizipationsgerechtigkeit. Jeder muss die gleichen Chancen haben, sein Leben frei und eigenverantwortlich gestalten zu können und – wenn er dazu nicht oder nicht mehr in der Lage ist – auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können.

Grundlage ist, dass alles, was wir ausgeben, erwirtschaftet werden muss. Das gilt gleichermaßen für die öffentlichen Haushalte, Unternehmen und jeden Einzelnen. Sowohl der einzelne Bürger als auch Wirtschaftsunternehmen müssen darauf vertrauen können, dass sich Leistung lohnt, ihre Freiheit nicht beschnitten wird und das von Ihnen Erarbeitete geschützt ist. Es muss in unserer Gesellschaft mehr

berechtigtes Vertrauen in Eigenverantwortung und freiwilliges verantwortungsvolles Handeln geben anstelle von staatlicher Bevormundung.

Immer neue punktuelle Eingriffe des Staates sind schädlich, denn sie gehen oft an die Substanz unseres Wohlstands, greifen in die Freiheit von Bürgern und Wirtschaft ein und fördern so ein Klima des gegenseitigen Misstrauens – kurz: es fühlt sich nicht mehr gerecht an. Daraus resultieren vielfach die immer lauter werdenden Rufe nach mehr Umverteilung. Umverteilung schafft jedoch nicht zwingend mehr Gerechtigkeit, aber immer mehr Unzufriedenheit bei allen Beteiligten.

Deshalb brauchen wir

Partizipationsgerechtigkeit durch Bildung

Wir müssen unser hohes Aus- und Weiterbildungsniveau weiter ausbauen. Bildung ist eine zwingende Voraussetzung dafür, einen Beruf zu erlernen und auszuüben, der ein aktives und selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Und das gilt nicht nur im Kindes- und Jugendalter, sondern ein ganzes Leben lang.

Einkommen muss an Leistung geknüpft bleiben

Es darf kein bedingungsloses Grundeinkommen und keine neuen Ansätze zur leistungslosen Umverteilung wie die sog. Robotersteuer geben – auch, damit im Bedarfsfall echte Unterstützung gewährleistet bleiben kann. Klar sein muss auch: Zugehörigkeit zum Mittelstand ist das Ergebnis einer Leistung und kein Anspruch an den Staat. Gesetzgeberische Eingriffe bei der Einkommenshöhe lehnen wir ab.

Zukunftsfähige Soziale Sicherung

Wir brauchen eine Reform der Altersvorsorge, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt und die Kostenlast für die Gemeinschaft auf ein angemessenes Maß begrenzt. Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung muss die richtige Balance zwischen Bedarf und Bezahlbarkeit gefunden werden. Neue technologische Möglichkeiten (z.B. durch Digitalisierung) sind zum Wohl des Patienten voll auszuschöpfen. Letztlich kann die Soziale Sicherung aber im Hinblick auf die Beitrags- und Leistungsstabilität nur gesamthaft betrachtet werden. Das Gesundheitssystem in allen seinen Facetten – und mit den darin liegenden Chancen für unsere Unternehmen – muss stärker in den Fokus rücken.

Leistungsgerechte Steuern

Wir brauchen ein einfaches, leistungsgerechtes und international wettbewerbsfähiges Steuersystem. Dem Arbeitnehmer muss mehr Netto vom Brutto bleiben. Die kalte Progression ist endlich abzuschaffen. Überkommene Zuschläge und Abgaben wie der Solidaritätszuschlag sind umgehend einzustellen. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass der Staat die ihm aus Steuergeldern zur Verfügung stehenden Mittel effizient und zum größtmöglichen allgemeinen Nutzen einsetzt, also insbesondere für Zukunftsinvestitionen, aber auch die Schuldentilgung.

Gleichberechtigung von Männern und Frauen

Quoten schaffen neue Ungerechtigkeiten, weil sie den Blick vom Einzelnen weg lenken und nur Symptome bekämpfen. Beim einzelnen Menschen und bei den Ursachen etwa für bestehende Entgeltunterschiede muss aber eine Politik ansetzen, die echte Chancengerechtigkeit bieten will.

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement

Private Personen wie auch Unternehmen engagieren sich ehrenamtlich in der und für die Gesellschaft. Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Es ist wichtig, dass gesellschaftliches Engagement auch für Unternehmen freiwillig bleibt nicht durch neue Gesetze und Verordnungen beschränkt wird.



Positionspapiere

- 01 Soziale Marktwirtschaft sorgt für inklusives Wachstum
- 02 Gerechtes Deutschland - Vermögensverteilung
- 03 Steuerpolitik – gerecht, für Wachstum und Chancen
- 04 Steuerliche und steuerbürokratische Belastung von Vermögen abbauen
- 05 Robotersteuer und bedingungsloses Grundeinkommen: eine Gefahr für Wohlstand und Sozialstaat
- 06 Vorschule und Schule
- 07 Berufsorientierung
- 08 Berufliche Bildung
- 09 Hochschulen
- 10 Betriebliche Weiterbildung
- 11 Frauen in der Arbeitswelt – ein Aktionsprogramm
- 12 Männer – qualifizieren und beschäftigen
- 13 Kernforderungen an zukunftsfeste Sozialversicherungssysteme
- 14 Leitlinien für ein Gesundheitssystem mit Zukunft
- 15 Gesundheitswirtschaft in Bayern
- 16 Pflege nachhaltig gestalten
- 17 Attraktivität von Wertguthaben stärken
- 18 Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
- 19 Altersvorsorge – für eine verlässliche und bezahlbare Rentenpolitik

Studien

- 20 Vermögensverteilung: Vorurteilen auf der Spur
- 21 Integration durch Bildung. Migranten und Flüchtlinge in Deutschland
- 22 Kompass Gesundheitspolitik
- 23 Bildung 2030 – veränderte Welt. Fragen an die Bildungspolitik

Information

- 24 Lohnzusatzkosten – Die Bedeutung des Wettbewerbs zwischen GKV und PKV
- 25 Lohnzusatzkosten in der Bürgerversicherung

Unsere Unternehmen geben gute Arbeit

04

Gute Arbeit

Arbeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft.

Die überwältigende Mehrheit der Berufstätigen – ob in Vollzeit oder Teilzeit, angestellt beschäftigt oder Selbständig – ist mit ihrer Situation zufrieden. Damit das auch so bleiben kann, muss nicht nur ein verlässlicher Rahmen, sondern auf beiden Seiten auch das richtige Maß an Freiheit gewährleistet werden.

Deshalb brauchen wir

Ein modernes Arbeitszeitsystem

Das heutige System zur Arbeitszeitregelung geht an der Arbeits- und Lebensrealität von Arbeitnehmern und Unternehmen vorbei. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber brauchen mehr Flexibilität. So lassen sich einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und privatem Leben und andererseits Herausforderungen und Potenziale von Digitalisierung und Internationalisierung vereinbaren. Wir benötigen deshalb einen neuen gesetzlichen Rahmen, der Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr Freiheit bei der Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit einräumt. Auch das Mitbestimmungsrecht muss mit Blick auf die Digitalisierung modernisiert werden.

Keine Eingriffe in die Tarifautonomie

Der Staat darf sich nicht weiter in die Lohnfindung einmischen. Das gilt sowohl für das untere (Mindestlöhne) als auch das obere Ende der Einkommen (Managergehälter, Boni). Damit sich gute Arbeit gerade für kleinere und mittlere Einkommen noch mehr lohnt, ist vielmehr an der Besteuerung anzusetzen (vgl. oben). Was der Gesetzgeber dagegen endlich regeln muss, sind faire Spielregeln für den Arbeitskampf.

Flexible Beschäftigungsformen

Keine Beschäftigungsform ist „prekär“, für jede gibt es – auch aus Sicht der Arbeitnehmer – gute Gründe. Es gibt keinen Anlass für eine Kultur des Misstrauens, in der tatsächlich oder vermeintlich missbräuchliche Einzelfälle zur Begründung für neue Regulierung dienen müssen.

Offenheit für neue Gestaltungsformen der Arbeit

Arbeit findet nicht mehr nur im Büro statt, und wird zunehmend online organisiert und abgewickelt, etwa über Plattformen. Gleichzeitig verliert Zeit als Maßeinheit gegenüber dem Arbeitserfolg an Boden. Diese Entwicklungen darf der Gesetzgeber nicht ersticken, wenn Arbeit nicht dorthin abwandern soll, wo sie einfacher erbracht werden kann.

Respekt vor der Selbständigkeit

Der Selbständige ist kein veränderter Angestellter, sondern ein Unternehmer. Seine Situation muss nicht grundsätzlich verändert, sondern rechtssicher ausgestaltet werden, beispielsweise durch die Aufnahme von Positivkriterien in das SGB IV. Anstelle eines Korsetts aus vermeintlichen Schutzvorschriften sind hier bürokratische Erleichterungen und punktuelle Verbesserungen etwa bei der Krankenversicherung erforderlich. Wer mehr Gründer will, muss die Perspektive wechseln und die Entscheidung des Einzelnen respektieren und unterstützen.



Positionspapiere

- 01 Der Mensch in der digitalen Arbeitswelt
- 02 Mehr Flexibilität in der Arbeitszeit
- 03 Arbeitszeit – Handlungsfähigkeit der Unternehmen stärken
- 04 EU-Arbeitszeitrichtlinie den Herausforderungen anpassen
- 05 Teilzeitbeschäftigung
- 06 Befristung von Arbeitsverhältnissen
- 07 Mindestlohn – Unsicherheit und Bürokratie beseitigen
- 08 Niedriglohn – Einstieg in Aufstieg
- 09 Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abbauen
- 10 Jugendbeschäftigung 2025
- 11 Arbeit im Alter
- 12 Familienarbeitszeit
- 13 Gesunde Mitarbeiter für Bayerns Wirtschaft
- 14 Deutschland im internationalen Arbeitskostenwettbewerb
- 15 Die Struktur der Arbeitskosten in Deutschland
- 16 Tarifautonomie wahren – Tarifbindung stärken
- 17 Anforderungen an eine moderne Tarifpolitik
- 18 Stärkung der Tarifbindung durch wettbewerbsfähige Tarifverträge
- 19 Tarifautonomie und Allgemeinverbindlicherklärung
- 20 Tarifautonomie und Arbeitskämpfe

Studien

- 21 Tarifbindung in Bayern
- 22 Der Einfluss von Arbeitsbedingungen auf die psychische Gesundheit

Informationen

- 23 Arbeitnehmerzufriedenheit in Bayern, Deutschland und Europa
- 24 Wir für Bayern – Aktionsprogramm Fachkräftesicherung

Deutschland steht heute wirtschaftlich gut da

05

Standort

Der Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung.
Das Wachstum kommt in der Breite der Bevölkerung an.

Grundlage für unseren Wohlstand ist unsere leistungsfähige Unternehmenslandschaft, die sich auf die weltweiten Märkte ausrichtet. Damit das auch künftig gelingt, muss sie die richtigen Rahmenbedingungen am Standort vorfinden und flexibel auf sich wandelnde Anforderungen der Märkte reagieren können.

Deshalb brauchen wir

Den freien Handel in der Welt

Für Deutschland als führende Exportnation ist der freie Handel einer der entscheidenden Garanten für Wohlstand. Deshalb müssen wir uns mit allen Kräften gegen nationalen Protektionismus wehren und alles dafür tun, um auch künftig ein verlässlicher und gefragter Partner zu sein.

Eine moderne Infrastruktur

Sowohl die Verkehrs- als auch die Kommunikationsinfrastruktur müssen konsequent erneuert und zukunftsfähig ausgebaut werden: von einem leistungsfähigen Straßennetz bis hin zu 5G für die Mobilität der Zukunft und weitere Anwendungen.

Eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung

Der Systemwechsel bei der Förderung der erneuerbaren Energien ist längst überfällig, um die Energiewende tatsächlich markt- und bedarfsgerecht gestalten und die Strompreise in den Griff bekommen zu können. Ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Energiepolitik muss insbesondere auch die Frage beantworten, wie die zusätzliche Stromnachfrage beispielsweise für die Elektromobilität gedeckt und durchgehend Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Eng verbunden mit der Energiepolitik ist die Gewährleistung eines ausreichenden Zugangs zu den entscheidenden Rohstoffen.

Einen Schutz unseres Lebensraumes, der nicht einseitig zu Lasten der Wirtschaft geht

Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und unser Land als Lebens- und Erholungsraum zu erhalten, brauchen wir einen Umwelt- und Klimaschutz mit Augenmaß. Das bedeutet auch einen angemessenen Ausgleich mit den Interessen des Einzelnen, etwa an der Nutzung seines Eigentums, und den gesamtgesellschaftlichen Interessen, z.B. an den notwendigen Netzwerken für die

Daseinsvorsorge. Verbote beispielsweise für Verbrennungsmotoren sind der falsche Weg. Der Staat muss vielmehr den Wandel der Automobilindustrie flankieren und wo notwendig – u.a. im Hinblick auf die notwendige Infrastruktur für Elektromobilität – fördern, statt den Unternehmen neue Steine in den Weg zu legen.

Einen effizienten Staat

Jeder soll darauf vertrauen können, dass der Staat die Notwendigkeit von Vorgaben laufend überprüft, vom Grundsatz der Normensparsamkeit ausgeht (Ziel: 1 in/2 out) und die praktische Umsetzbarkeit in den Vordergrund stellt. Digitalisierung, Deregulierung, Entbürokratisierung, Verwaltungsbeschleunigung und bessere Rechtsetzung müssen Maximen allen staatlichen Handelns sein.

Solide öffentliche Finanzen

Wir müssen unsere öffentlichen Gelder effizient ausgeben und bei den derzeit hohen Überschüssen „eine schwarze Eins“ im Staatshaushalt realisieren, also auch Schulden abbauen. Der Staat muss ohne Steuererhöhungen oder neue Steuern dauerhaft seine Handlungsspielräume bewahren – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Ziel muss es sein, mehr in die Zukunft zu investieren und weniger zu konsumieren.

In der europäischen Perspektive müssen wir ebenfalls solide haushalten und andere dazu anhalten. Das gilt nicht nur für den Schuldenabbau, sondern auch für die Politik der EZB.

Einen modernen Verbraucherschutz

Leitbild muss der mündige Bürger bleiben: es gilt, dem Verbraucher nicht weniger zuzutrauen, als er leisten kann und will. Der Datenschutz darf beispielsweise nicht weiter gehen, als es der Verbraucher selbst will, etwa im Bereich der Gesundheitsdaten oder bei der Nutzung anonymisierter Daten für Big Data Anwendungen.



Positionspapiere

- 01 Zukunft der industriellen Wertschöpfung in Deutschland und Bayern
- 02 Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital
- 03 Bundesverkehrswegeplan 2030 – Chancen nutzen
- 04 3. Start- und Landebahn – jetzt!
- 05 Klimapolitik nach Marrakesch
- 06 Wirtschaft und Umweltschutz
- 07 Sichere Rohstoffversorgung
- 08 Öffentliche Schuldenlast abbauen
- 09 Zukunft der öffentlichen Finanzen
- 10 Föderales Deutschland: Wachstum durch Wettbewerb
- 11 Bargeld bleibt wichtig
- 12 Freihandel – Garant für Bayerns Wirtschaftsstärke
- 13 Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- 14 Bürokratische Belastungen aus Sicht der Unternehmen
- 15 Strategie für weniger Bürokratie
- 16 Gesteuerte Zuwanderung als Beitrag zur Fachkräftesicherung
- 17 Rechts- und Justizstandort Bayern – Optimierungspotenziale aus Unternehmenssicht
- 18 Moderner Verbraucherschutz
- 19 Moderne Verkehrsinfrastruktur

Studien

- 20 Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2016
- 21 Industriestandort Bayern im internationalen Vergleich – Niveauranking
- 22 Industriestandort Bayern im internationalen Vergleich – Dynamikranking
- 23 Verlagerung von Wertschöpfung – Geht die Produktion ins Ausland?
- 24 Bürokratiekosten und neue Wege zur Vermeidung von Bürokratie
- 25 Wachstumsgerechte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
- 26 Rohstoffsituation der bayerischen Wirtschaft
- 27 Tourismus und Industrie – gemeinsame Erfolgsfaktoren
- 28 Voneinander profitieren – Potenziale durch Vernetzung der Medienindustrie
- 29 Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern
- 30 Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2017 – leitungsgebunden und mobil
- 31 Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Europa
- 32 5. Monitoring der Energiewende
- 33 Agenda 2020

Deutschland hat eine starke und innovative Wirtschaft

06

Fortschritt

Ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs beruht darauf, dass wir Innovationen hervorbringen und in Wertschöpfung am Standort umsetzen.

Angesichts hoher Energie- und Arbeitskosten, einer globalisierten Wirtschaft mit internationalen Wertschöpfungsketten und der voranschreitenden digitalen Transformation mit neuen Produkten, Prozessen und Geschäftsmodellen sind Innovationen für uns essenzieller denn je, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern.

Wir brauchen in Deutschland einen neuen Gründergeist und ein zukunftsbejahendes und fortschrittsfreundliches Umfeld. Nur wenn Deutschland ein Spitzenstandort in Sachen Innovation wird und wir die Potenziale der Digitalisierung und weiterer, neuer Technologien voll ausschöpfen, können wir unseren Wohlstand langfristig sichern.

Deshalb brauchen wir

Mehr Investitionsorientierung

Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für öffentliche und vor allem auch private Investitionen, insbesondere bessere steuerliche Abschreibungsbedingungen.

Ein innovationsfreundliches Klima

Wir brauchen in Deutschland eine innovations- und technologiefreundliche Grundhaltung in Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Technologische Entwicklung muss dort stattfinden, wo Erfindergeist auf Verantwortungsbewusstsein trifft: bei uns.

Eine zukunftsorientierte Forschungsförderung

Wir müssen die Digitalisierung und weitere für Deutschland entscheidende Technologien voranbringen. Diese bilden die Basis für unseren Erfolg in der Zukunft. Eine allgemeine steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe ist ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg.

Die richtige Bildung für die Zukunft

Gebot der Stunde ist es, auf allen Ebenen des Bildungssystems und in allen Lebenslagen digitale Kompetenzen zu vermitteln. Darüber hinaus brauchen wir aber auch die richtigen Strukturen, um interdisziplinäre Bildung stärker voranzutreiben.

Die richtigen Schwerpunkte bei der Digitalisierung

Um die erheblichen Potenziale zu heben, muss vor allem der Mittelstand umfassend informiert und einbezogen werden. Dazu ist unter anderem der konkrete Nutzen von digitalen Tools stärker herauszuarbeiten. Thematisch müssen Schwerpunkte auf Feldern wie Big Data, KI, Cyber-Sicherheit und Industrie 4.0 gesetzt werden – aber auch vergleichsweise neue Querschnittsbereiche wie Games gilt es stark zu besetzen. Der Staat selbst muss in Sachen Digitalisierung mit gutem Beispiel vorangehen.

Den richtigen Umgang mit Daten

Deutschland und Europa verfügen über ein sehr hohes Datenschutzniveau. Hier geht es nicht um weitere Regulierung, sondern um die Ermöglichung praxisperechter und den Interessen der Betroffenen entsprechender Gestaltungen. Auch neue Ausschließlichkeitsstatbestände („Dateneigentum“) brauchen wir nicht. Echter Nachholbedarf besteht dagegen zum einen im Bereich von Open Data, zum anderen insbesondere bei der Datensicherheit.

Einen innovationsfördernden Rechtsrahmen

Vom automatisierten Fahren über Drohnen bis hin zu Biotechnologie müssen die neuen Möglichkeiten bei uns ausgelotet werden. Das gilt von der Debatte über den notwendigen Verbraucherschutz bis hin zur Serienproduktion. So muss beispielsweise umgehend eine Roadmap für die notwendigen Schritte auf dem Weg zum autonomen Fahren erstellt und konsequent abgearbeitet werden.



Positionspapiere

- 01 Infrastruktur für automatisiertes Fahren weiterentwickeln
- 02 Automatisiertes Fahren – Datenschutz und Datensicherheit
- 03 Datenschutz praxisgerecht und anwenderfreundlich regeln
- 04 Wachstum digital – digitale Unternehmen
- 05 Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung
- 06 Digitale Agenda für Europa 2020
- 07 Zukunft Automatisiertes Fahren: Rechtliche Hürden beseitigen

Studien und Handlungsempfehlungen

- 08 Hybride Geschäftsmodelle – als Lösungsanbieter zum Erfolg
- 09 Datenschutz, IT-Sicherheit und Haftung bei automatisierten Systemen
- 10 Open Data – Rechtliche Bewertung
- 11 Bayerns Zukunftstechnologien
- 12 Big Data im Freistaat Bayern
- 13 Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung
- 14 Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung – Analyse und Handlungsempfehlungen
- 15 Bayerns Zukunftstechnologien. Analyse und Handlungsempfehlungen
- 16 Zukunft digital – Big Data. Analyse und Handlungsempfehlungen

Ansprechpartner

Raimo Kröll
Büroleiter des Präsidenten und
des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104
Telefax 089-551 78-106
raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw 03/2018

Umsetzung

gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.net